

LES SACRIFIÉS

Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force



N° 6 / 1967

7e année

Prix : 8,- frs lux.

Abonnement : 30,- frs

Rédaction :
9, rue du Fort Elisabeth
Luxembourg

Braucht dir en Auto, eng Moto, eng Karavan oder Campings-Artikelen, Miwelen, Haushaltapparaten oder wëllt dir iech soss eppes uschâfen fir èren Haushalt oder èren Hobby

Braucht dir Geld fir onnerwârt oder aussergewöhnlech Käschten ze bestreiden?

dann adresséiert iech ouni ze zecken un déi letzeburger Finanzgesellschaft

PREFILUX

Société Anonyme

LETZEBURG

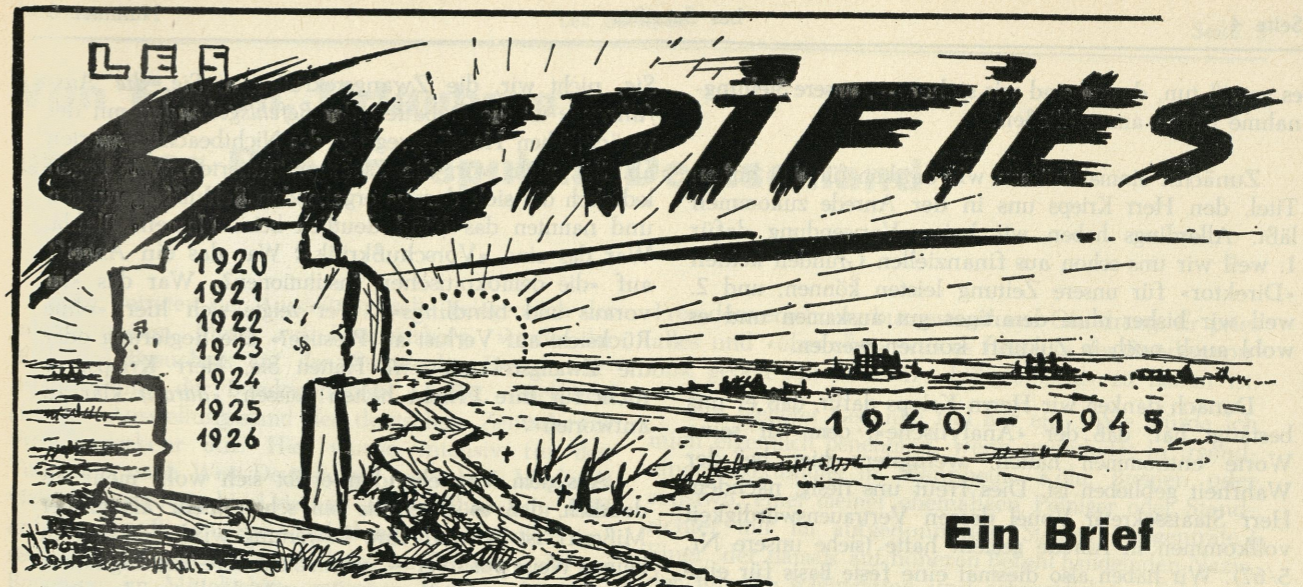
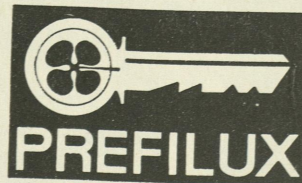
11, Eck Boulevard Prince Henri an Arsenalavenue
Telefon 47 10 31

an der Form vun engem Finanzement oder perséinleche Kredit

hëlleft d'Préfilux iech ér Wensch zo' ganz gënschtegen Conditionen erfüllen

Kéngt Aktkäschten Absolut Diskretioun

Erëmbezuelen an 12-24 oder 36 Méint zu ganz bëllegen Zënssätz



Ein Brief

Tirage 10 000

Aus dem Inhalt

Ein Brief
Von Ferien, Urlaubern und der Bundesrepublik Deutschland
Informationspflicht und Informationsrecht
Mitteilung
Generalversammlung der EFVN
Ehrung von Luxemburgern
Nachruf
Personalpolitik auf höchster Ebene
Gelesen und kommentiert
Hinweis

Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force.
Secrétariat: 28, rue de la Poste, Dudelange
C.C.P. 313-29

Monument Natinoal C.C.P. 319-10
Association des Parents des Déportés Militaires Luxembourgeois
Secrétariat: 21, rue du Fossé, Luxembourg
C.C.P. 59-02

Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre, 1940 - 1945
Case postale No 382 Luxbg-Ville
C.C.P. 286-33

Amicale des Anciens de Tambow
Secrétariat: 12, rue de la Gare, Kleinbettingen
C.C.P. 240-07

Association des Enrôlés de Force Victime du Nazisme
Secrétariat: 42, rue de Sanem, Ehlerange
C.C.P. 313-24

Fond d'Action - C.C.P. 210-49

Imprimerie Hermann, Luxembourg

Er erreichte uns am 1. 6. 1967 und stach in einem Umschlag, dem als Absender die Adresse «Luxembourg, 12 avenue Marie-Thérèse» aufgedruckt war. Die Kopfleiste des Briefes selbst trug den Vermerk «Chambre des Députés». Wir möchten aber unsere Leser von vorneherein warnen, daraus den Schluß zu ziehen, unsere Abgeordnetenversammlung habe ihr ehrwürdig-unzulängliches Gebäude am Krautmarkt verlassen und befinde sich jetzt an obiger Adresse. Dies wäre eine völlige Fehlannahme. Nein, die Erklärung ist vielmehr die folgende: Der Brief stammt von einem Deputierten, der zwar einen seiner eigenen Umschläge mit vorgedrucktem Absender, jedoch das Briefpapier unserer Abgeordnetenversammlung verwandt hat. Einfach und vollkommen normal, nicht wahr? Aber trotzdem eine nebensächliche und ganz unschuldige Frage, nur zu unserer Aufklärung: Ist es allgemein üblich, daß sich unsere Herren Abgeordneten ihr Briefpapier derart umwegig aus den Steuergeldern ihrer eigenen Wähler bezahlen lassen?

Doch kommen wir zu dem Brief selbst. Hier ist er in seinem vollen Umfang und Wortlaut:

Grand-Duché de Luxembourg
Chambre des Députés

Luxembourg, le 30 mai 1967

«LES SACRIFIÉS»
Rédaction
9, rue du Fort Elisabeth
LUXEMBOURG

Werter Herr Direktor!

Ich berufe mich auf Ihren Leitartikel in der Nummer 5 unter dem Titel «Bla-Bla oder nicht Bla-Bla».

Sie beziehen sich auf meine Ausführungen auf der Kammertribüne. Ich habe gesagt, im Namen der Resistenz «... für sie bedeuten die Kammerdebatten kein leeres Bla-Bla». Dies sollte kein Seitenhieb sein, sondern eine direkte Antwort auf ihre Vorschubkritik zu kommenden Kammerdebatten. Es mußte für jedermann befremdend wirken festzustellen, daß Sie ohne Rücksicht auf Verlust an Prestige, im voraus und blindlings die demokratischen Institutionen angriffen. Das war unnötig und unfair. Ich habe es für meine Pflicht gehalten darauf klar zu antworten. Ich glaube nicht, daß Sie wissen, daß es gerade Göring unseligen Andenkens war, der den demokratischen Reichstag als «Quatschbude» aburteilte.

Sachliche Kritik ist immer akzeptabel. Verdummung im voraus und ohne sachliche Berechtigung ist es nie.

Ich bitte Sie obige Ausführungen in Ihrer nächsten Nummer Ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen.

Hochachtungsvoll,
gez. Robert Krieps, Abgeordneter.

Wir dürfen Herrn Abgeordneten Robert Krieps versichern, daß es uns geradezu eine Freude ist, seiner Bitte um Veröffentlichung zu entsprechen. Er muß uns lediglich gestatten – und als Demokrat wird er

es gewiß tun, dessen sind wir sicher – , unsere Stellungnahme daran anzuschließen.

Zunächst einmal müssen wir danken für den hohen Titel, den Herr Krieps uns in der Anrede zukommen läßt. Allerdings haben wir keine Verwendung dafür 1. weil wir uns schon aus finanziellen Gründen keinen «Direktor» für unsere Zeitung leisten können, und 2. weil wir bisher ohne derartiges gut auskamen und es wohl auch noch in Zukunft können werden.

Danach danken wir Herrn Krieps dafür, daß er uns bestätigt hat, daß der «Analytische», dem wir seine Worte entnommen hatten, wenigstens hier bei der Wahrheit geblieben ist. Dies freut uns riesig, nachdem Herr Staatssekretär Vouel dessen Vertrauenswürdigkeit vollkommen in Abrede gestellt hatte (siehe unsere Nr. 5/67). Wir haben also diesmal eine feste Basis für eine Diskussion. Beginnen wir sie also.

Wir hatten geschrieben, die Äusserung von Herrn Krieps, für die Resistenz «bedeuten die Kammerdebatten kein leeres Blabla», sei ein Seitenhieb (wir hatten sogar nur von einem *indirekten* Seitenhieb gesprochen) gegen uns Zwangsrekrutierte gewesen. Ihren Brief, Herr Krieps, entnehmen wir nun, daß unsere Auslegung viel zu milde war. Sie wollen es als stärker, als «eine direkte Antwort» an unsere Adresse verstanden wissen. Wir nehmen Akt davon und reihen Sie demgemäß neu in die Rangliste unserer «Freunde» ein.

Kommen wir zu dem, was Sie eine «Vorschubkritik zu kommenden Kammerdebatten» bezeichnen.

Wie wir in unserer Nummer 5 schrieben, katten wir diese «Vorschubkritik» im vergangenen Februar in einer Sondernummer unseres «Sacrifiés» geübt. Allerdings hatten wir dabei keineswegs «die demokratischen Institutionen angegriffen». Und schon garnicht «im voraus und blindlings». Denn wir hatten uns darauf berufen, daß die Regierung am 7. 10. 66 – also Monate zuvor! – in einer Depesche an den Staatsrat betont hatte, sie sei nicht gesinnt, noch Änderungen an dem Gesetzesprojekt vorzunehmen. Mit anderen Worten: Die Regierung – d. h. die Exekutive – schrieb der Kammer – d. h. der Legislative – vor, über welchen Text sie zu befinden habe. Und zwar nach der Methode «Vogel friß oder stirb»! Gewiß, den Herren Deputierten wurde die Möglichkeit belassen, des Langen und des Breiten auf der Kammertribüne zu reden. Sie nutzten die Möglichkeit übrigens gehörig aus. Mancher sogar, um seine persönliche Geschichte auf dem Weg über das «Chamberblidchen» als billige, weil so durch Steuergelder bezahlte Wahlpropaganda an den Wähler zu bringen. Aber ein jeder wußte – oder konnte doch wissen – daß, angesichts des «im voraus» festgelegten Standpunktes der Regierung, alle diese Reden umsonst gehalten wurden, da sie ja nichts mehr zu ändern vermochten. Derartiges Reden – lediglich um des Redens willen! – bezeichnet man aber nun einmal – n'en déplaie à vous, M. Krieps – mit dem volkstümlichen Ausdruck «Blabla». Wir haben also keineswegs «im voraus und blindlings die demokratischen Institutionen angegriffen»; wir griffen vielmehr unsere Regierung an, weil *diese* sich nicht an demokratische Spielregeln hielt. Denn *sie*, die *Ausführende* schrieb der *Befehlgebenden* vor, worüber sie zu befinden habe.

Sie, nicht wir, die Zwangsrekrutierte. *Sie*, die *Ausführende* tat die Debatten der *Befehlgebenden* mit der verächtlichen Handbewegung des Nichtbeachtenswerten ab. *Sie*, nicht wir, die Zwangsrekrutierte. Wir zogen lediglich die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen und nannten das Kind deutlich beim Namen: Blabla. War das eine «Vorschubkritik»? War das ein Angriff auf «die demokratischen Institutionen»? War das «im voraus und blindlings»? Wer zeigte sich hier «ohne Rücksicht auf Verlust an Prestige»? Die Regierung oder die Zwangsrekrutierte? Hätten Sie, Herr Krieps, es nicht für Ihre Pflicht halten müssen, «darauf klar zu antworten»??

Aus dem Vorstehenden ergibt sich wohl mehr als deutlich, daß es Ihrerseits ein schon mehr als grober Mißgriff ist – und Ihre Bewertung wird dadurch in keiner Weise positiver –, wenn Sie unsere Stellungnahme mit der eines «Göring unseligen Andenkens» in einen Zusammenhang bringen. Wir schrieben unlängst an dieser Stelle, daß man uns überempfindlich für Angriffe auf unsere Ehre gemacht hat. Ihr Göring-Zitat kann von uns nur als ein solcher Angriff gewertet werden. Für uns bedeutet er nicht mehr und nicht weniger als daß Sie uns, die Zwangsrekrutierte, immer noch als «Preisen» betrachten, trotz aller gegenteiliger Versicherungen, die wir von der Kammertribüne aus zu hören bekamen. Auch davon nehmen wir Akt!

Im übrigen ist ihr Argument keineswegs schlüssig. Denn sogar wenn Göring völlig Unrecht hatte, den demokratischen Reichstag als «Quatschbude» abzuurteilen, dann ist damit noch absolut nicht bewiesen, daß in *unserer* Abgeordnetenkammer *kein* Blabla geredet wird. Das hängt weder vom Urteil eines Göring, noch von der Meinung der Zwangsrekrutierte ab, sondern lediglich vom Auftreten unserer Herren Deputierten selbst. Wenn diese nämlich in ihren Debatten kein Niveau halten oder wenn sie sich als Legislative von der Exekutive Befehle erteilen lassen ohne sich dagegen zu wehren, dann sind sie selber Schuld an einem «Verlust an Prestige». Und dann ist eine Kritik seitens der Wähler an diesem Verhalten keineswegs «Verdummung im voraus und ohne sachliche Berechtigung». Dann ist sie eine «sachliche Kritik» und daher «immer akzeptabel». Und dann ist es andrerseits «unnötig und unfair», den Urheber einer solchen Kritik mit einem Diktatorenhandlanger à la Göring zu vergleichen. Wer als Deputierter diese Art der Argumentation pflegt, der sollte sich in keiner Weise wundern, wenn unsere Kammerdebatten auf einen Außenstehenden aber Interessierten den Eindruck des Blabla machen, und wenn das Prestige dieser Institution bis hart an die Grenze des Lächerlichen, mindestens aber bis in die Region des Unwürdigen absinkt.

Hierin Remedur zu schaffen, *das* sollten Sie, Herr Krieps, zusammen mit Ihren Kollegen aller Parteien für Ihre Pflicht halten!

Journée Commémorative 1967

den 3. September
zu Mamer

Von Ferien, Urlaubern und der Bundesrepublik Deutschland

Beim Betreten der Ausstellungshalle gelegentlich der Internationalen Messe auf Limpertsberg, wurde der Blick des Besuchers auf den Stand der Fremdenverkehrswerbung der Bundesrepublik gelenkt. Auch mir fiel der Ausstellungsstand der deutschen Zentrale für Fremdenverkehr auf. Hier wurde intensiv für den Tourismus nach West-Deutschland geworben. Möglichst viele luxemburgische Urlauber sollen ihre nun bald anfallenden Ferien, ihren Erholungsurlaub östlich unserer luxemburgischen Grenzflüsse im Schwarzwald, am Bodensee, im Mittelgebirge zwischen Main und Weser, in den Alpen, im Rheintal oder in den Badeorten der Nord- und Ostsee verbringen. Ob mit der Bundesbahn, der Lufthansa oder mit der Deutschen Touring Gesellschaft wird den Luxemburgern die Möglichkeit geboten, ihr Geld nach der Bundesrepublik zu tragen.

Daß ein Touristenland den Reiselustigen und auch die, die es nicht sind, anspricht und umwirbt, ist eine normale Angelegenheit. Dringt dann aber die Werbetrömmel ans Ohr solcher Menschen, denen die Deutlichsten Erlebnissen her bekannt sind, – ja allzu bekannt –, dann klingt die Werbemusik und der Werbegesang recht hohl, dumpf und unmelodiös.

Denn mit Schauern erinnert man sich an Lidice, Oradour, Mauthausen, Auschwitz, Treblinka und so vieler anderer Schreckensnamen. Man denkt unwillkürlich an all die vielen Greuelthaten, die von den ungezählten treuen und «pflichtbewußten» Handlangern des großdeutschen Nazi-Regimes in Luxemburg, Polen und Rußland, um nur einige zu nennen, begangen wurden. Weiter erstet vor unseren Augen die unmenschliche Ausrottung der Juden und der Zigeuner. Fragt man dann hinterher nach der Sühne all dieser Verbrechen, Menschenschindereien und Metzereien, so muß man heute feststellen, daß nur recht wenige eine angemessene Strafe verbüßten. Niemand war schuldig. Alle vollführten und vollstreckten höhere Befehle. Eine Unmenge von Deutschen begangenen Schandtaten der Jahre 1933 und 1945 bleibt ungesühnt. Jeder verzehnte sich hinter jeden.

Von den Überlebenden und Leidtragenden jener Schreckensjahre verlangen dieselben Verbrecher und Schergen des dritten Reiches Verzeihen und Vergessen. Und das verlangen gleicherweise die heutigen wie die damaligen Deutschen schamlos von ihren Opfern. Geflissentlich und bewußterweise wird außer Acht gelassen, daß, hätte am Ende des apokalyptischen Völkermordens der großdeutsche Sieg gestanden, diese selben Deutschen die von ihnen unterjochten Völker auf Generationen hinaus – «Jahrtausende» sollten es sein, wie es damals hieß, – unerbittlich, gnaden- und schonungslos geknüttet, geknechtet und kaltblütig in ihren «Ferienanstalten», den berüchtigten Kz's, gratis mit Rauch gegen Himmel auffahren lassen.

Solcher Art waren meine Gedanken, während mir das plätschernde Gespräch eines «Propagandisten» am

Fremdenverkehrswerbungsstand ans Ohr drang. Er pries alles und «über alles» was es heute in der Bundesrepublik geben soll und für «billiges Geld» zu haben ist.

Ein weiterer Gedanke fiel mir ein: «Wie würde ich mich eigentlich benehmen, wenn unverhofft in irgendeinem Luxushotel in Mannheim, Köln, Bremen oder sonstwo, einer meiner ehemaligen Peiniger oder Standrichter mir im aufgedonnerten Staate entgegenträte? Einer, der damals auf höheren Befehl handelnden Nazis, der mir die schlimmsten und schrecklichsten Schimpfnamen an den Kopf schleuderte, mich peinigte, meine Gesundheit für den Rest meines Lebens ruinierte und mich zum Tode verurteilte! Wie würde ich in einem solchen Falle reagieren?»

Darauf fand ich in dem Augenblick keine Antwort. Schon aus dem Grunde allein fiel mir keine Antwort ein, weil der Stimmfall und Ton meines Gegenüber mich innerlich arg erregte und mich unwillkürlich an den dunkelsten, leidigsten und folgenschwersten Abschnitt meines noch, ach so jungen Lebens erinnerte. Bereits längst vernarbte Wunden ließen mich einen starken physischen Schmerz verspüren.

Brüsk wandte ich mich ab. Und im Weggehen ward mir klar: Im Falle einer solchen Begegnung wäre meine Reaktion solcher Art, daß meine Handlung schwerwiegende Folgen nach sich ziehen würde.

Mir ward dann aber auch genau so klar, daß das schönste und verlockenste Werbegeplänke mich niemals nach Deutschland locken würde. Das Land und seine Bewohner kenne ich. Und doch wünschte ich mir, ich hätte niemals mit dem Lande noch mit den Leuten Bekanntschaft gemacht.

Hinterher erinnerte ich mich dann auch noch der rezenten größten Beleidigungen einiger Deutschen Zeitungen an die luxemburgische Adresse, wie sie 22 Jahre nach Kriegsende nicht hätten grobschlächtiger sein können. Letzteres reimt sich schlecht mit dem am Fremdenverkehrsstand Gehörten.

Und so ähnlich wie mir wird es manchem gewesen sein. An jenem Abend fielen mir gar viele Besucher der Ausstellung auf, die ein VNEF-Abzeichen trugen. So wie ich, werden wohl auch sie sich des rabiaten «NEIN» in Sachen der Wiedergutmachung an den luxemburgischen Zwangsrekrutierte erinnern. Auch sie werden es vorziehen für ihren Ferienaufenthalt irgendein Reiseziel außerhalb der Bundesdeutschen Grenzen auszusuchen.

Wir werden wohlweislich keinem Gastwirt unser Geld tragen, der uns behandelt wie jener rabiate «Bonner»! Wir gehen kurzerhand zu seinen Nachbarn und verbringen dort unverärgert, friedliche, unbeschwerte und erholsame Ferien.

VIVE les VACANCES !

H. R.

Informationspflicht - Informationsrecht

«Die Umfassende Information des Bürgers (ist) eine Vorbedingung für die freiheitliche Meinungsäußerung und die demokratische Kontrolle der Machtausübung.» (L. W. 31. 5. 67: «Die Informationspflicht der Behörden als demokratisches Prinzip»)

Wir können nicht umhin, diesen Satz, der bedingungslos zu bejahen ist, in einen unmittelbaren Zusammenhang zu unserem Artikel «Blabla oder nicht Blabla?» aus Nr 5/67 zu stellen. Denn darin hatten wir in Bezug auf die Aszendentenrenten nicht nur die Abweichung der Ausführungsbestimmungen von den Erklärungen in der Abgeordnetenversammlung – gemäß «Analytischen» – herausgestellt, sondern wir hatten auch, im Anschluß an eine schriftliche Erklärung von Staatssekretär Vouel «Le texte du compte rendu analytique ne correspond pas aux déclarations que j'ai faites à la Chambre des députés», gefolgert:

«Wenn das, was im «Analytischen» als Tätigkeitsbericht der Kammer an den Wähler weitergegeben wird, nicht der Wahrheit entspricht, dann enthält unser «Chamberblidchen» nur BLABLA! In letzterem Fall sollte man es abschaffen und das so ersparte Geld für bessere Zwecke anwenden!»

Ein solcher Zweck wäre beispielsweise der, daß man jedem Haushalt statt des «Analytischen» – der ja nicht der Wahrheit entspricht! – unseren «Mémorial» mit den jeweiligen Gesetzestexten gratis zustellen würde. Es würde nicht mehr Ausgaben verursachen und hätte den Vorteil, daß der Bürger gerade das zu Gesicht bekäme, das zu kennen er verpflichtet ist, nämlich die Gesetzestexte, die im «Analytischen» zu Gunsten von – unrichtigen! – Redeberichten verschwiegen werden. Derjenige Wähler, der diese Pflicht erfüllen will, muß sich unser Gesetzesblatt aus der eigenen Tasche bezahlen. Mag auch auf diese Art das InformationsRECHT des Bürgers erfüllt sein, so hat der Staat in diesem Fall seine InformationsPFLICHT in keiner Weise erfüllt. Die Information des Bürgers ist also keineswegs «umfassend», sodaß bereits hierdurch eine bedeutende Lücke in «die demokratische Kontrolle der Machtausübung» gerissen ist. Daß dieselbe gerade von seiten des Machtausübenden herrührt, läßt für letzteren alles andere denn schmeichelhafte Schlußfolgerungen zu.

«Jede Zeitung, die ihre Aufgabe ernst nimmt, wird sich sodann immer in einem gewissen Spannungsverhältnis zwischen der öffentlichen Gewalt und dem Recht der Leserschaft auf Information befinden.» (L. W. «Tag der Massenmedien»)

Auch diesem Satz stimmen wir bedingungslos zu. Und zwar nicht nur, weil wir ihn als theoretisch fundiert ansehen, sondern vor allem, weil gerade wir vom «Sacrifiés» seine Wahrheit zu unzähligen Malen in der Praxis erfahren mußten.

Allerdings gibt es auch einheimische Blätter, die es verstehen, sich aus einem solchen Spannungsverhältnis herauszuhalten. Das mag auf den ersten Blick als ein schwieriges Unterfangen erscheinen. Doch, wie so oft, trägt auch hier der Schein. Es genügt nämlich das einfache, altbewährte Mittel des Totschweigens. Sobald ein Thema auftaucht, das einem unangenehm ist, zeigt

man sich prüde wie eine alte Jungfer in puncto Moral: «Darüber spricht man nicht!».

Dieser Punkt war gerade für das von uns im Vorstehenden so bedingungslos positiv zitierten «Luxemburger Wort» erreicht, als am vergangenen 6. Juni der 30. Jahrestag des Referendums über das sog. MAULKORBGESETZ in unsere Erinnerung drängte. Im «Letzburger Land» gab Marcel Engel uns einen Einblick in die damaligen Ereignissen und stützte dabei manchem als «groß und bedeutend» herausgestellten Luxemburger, die Ruhmesfedern auf die richtige Länge zurück; das «Journal» lieferte ebenfalls einen Beitrag und im «tageblatt», das dem Thema mehrere Seiten gewidmet hatte, wurde sogar die Schlußfolgerung gezogen, daß damals die luxemburgische Resistenz ihren Anfang nahm. *)

Lediglich das «Luxemburger Wort» schwieg über diesen Jahrestag. Es mied das «gewisse Spannungsverhältnis». Es verzichtete hier nicht auf «umfassende», sondern überhaupt auf Information des Bürgers. Wir begreifen zwar ein solches Vorgehen, denn wer wollte schon die eigenen Freunde in ihrer ganzen damaligen antidemokratischen Erbärmlichkeit bloßstellen. Insbesondere wenn man es in langen 30 Jahren mühevoll geschafft hat, dieselben zu Vorbildern der Nation zu legendieren. Aber ist eine solche Unterschlagung der Wahrheit nicht, auf Grund der eigenen Worte, ein vernichtendes Urteil seiner selbst? Drängt man dem Leser damit nicht den Schluß auf, daß man keine Zeitung mehr ist, «die ihre Aufgabe ernst nimmt»? Zwingt man ihn nicht zu der Schlußfolgerung, daß man dem Bürger «eine Vorbedingung für die freie Meinungsäußerung und die demokratische Kontrolle der Machtausübung» entziehen will? Und sind nicht gerade diese letzten Punkte die Kardinalunterschiede zwischen Demokratie und Diktatur?

Es genügt nicht, unerschütterliche und vollgültige Grundsätze zu verkünden und sich 8 Tage später nicht mehr daran zu halten. Es genügt auch nicht, den Leser zu informieren und hinterher die Richtigkeit dieser Information zu widerrufen. Eine solche Information ist dann in keiner Weise «umfassend», sie wird vielmehr zum Sand, den man dem Gutgläubigen in die Augen streut, um ihn von der Wahrheit abzulenken. Wie man ein solches Gebaren und Vorgehen bezeichnet, ist jedem nur halbwegs Denkenden klar.

Informationsrecht der einen und Informationspflicht der andern müssen sich weitgehend annähern, wenn sie ihren wahren Sinn erfüllen und eine objektive Meinungsbildung gestatten sollen.

*) Es kann nur aufrichtig bedauert werden, daß dieser Tag, dessen Bedeutung für die Freiheit in Luxemburg nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, nicht durch eine würdige Manifestation hervorgestrichen wurde. Insbesondere, da noch eine ganze Reihe der damaligen «Aktiven» am Leben sind. Die Bedeutung einer solchen Würdigung hätte – wie es H. Koch-Kent am 10. 6. 67 schrieb – eine Warnung dargestellt an jene, die sich unkontrollierbare politische Aktivitäten erlauben, etwa im Rahmen des Geheimdienstes unseres Staatsministeriums.

d.f.

Die Wichtigkeit dieses Faktors stellte Marcel Engel in seinem Vortrag «Der Bürger im Staat» heraus mit den Worten: «Eine persönliche Meinung ist das kostbarste Gut, das es gibt. Der polnische Satiriker Brudzinski stellt das drastisch dar, wenn er in einem Aphorismus sagt, der Gradmesser des Luxus sei ein eigenes Auto, eine eigene Villa und eine eigene Meinung. So weit treiben leider viele Luxemburger den Luxus nicht.»

Man kann natürlich zur Entschuldigung dieser Luxemburger anführen, daß sie von einflußreichen

Stellen im Hang zu diesem Luxus stark abgebremst werden. Aber wir müssen gleichzeitig feststellen, daß diese Bremse unserem Hang zur Bequemlichkeit entgegenkommt und daher von vielen nicht als störend empfunden wird. Das aber kann und darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir auf eine wichtige Vorbedingung zur Demokratie verzichten, wenn wir unser InformationsRECHT vernachlässigen indem wir auf die InformationsPFLICHT der öffentlichen Gewalt und ihrer Übermittlungsträger verzichten.

Avis

concernant la prise en compte des années de guerre comme périodes d'assurances

Par la loi du 25 février 1967, les Luxembourgeois devenus victimes d'actes illégaux de l'occupant et qui, de ce fait, se sont trouvés dans l'impossibilité d'être affiliés à un régime de pension luxembourgeois, peuvent demander que les périodes durant lesquelles ils se sont trouvés dans cette impossibilité soient prises en considération comme périodes d'assurance normales sous le premier régime de pension auquel ils étaient affiliés dans la suite.

Les personnes affiliées dans ces conditions à l'assurance pension des ouvriers ou à celle des employés privés et qui remplissent les conditions pour être admises au bénéfice de la loi précitée, doivent faire valoir leurs droits respectivement auprès de l'Etablissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité et la Caisse de pension des employés privés dans le délai de deux ans à partir du 1er mars 1967, date de l'entrée en vigueur de la loi. Les organismes précités tiennent des formules de demande à la disposition des intéressés.

Il devra être justifié des périodes computables par un certificat à délivrer par l'Office de l'Etat des dommages de guerre sinon par l'administration communale du lieu de résidence du demandeur au moment de son déplacement.

Sont assimilés aux Luxembourgeois les étrangers et apatrides poursuivis par l'occupant en raison de leur attitude loyale à l'égard de l'Etat luxembourgeois.

La même loi du 25 février 1967 a ouvert, pour la présentation d'une demande, un dernier délai de 2 ans, expirant au 28 février 1969, aux personnes visées par l'arrêté grand-ducal du 30 janvier 1945 garantissant le droit à leurs anciens emplois à certaines catégories de travailleurs luxembourgeois, c'est-à-dire aux personnes qui, au moment de leur déplacement, étaient déjà affiliées à l'assurance des ouvriers ou à celle des employés privés.

La nouvelle loi s'applique également aux personnes qui, pour des raisons de race ou de religion, se sont trouvées dans l'impossibilité d'exercer un emploi.

L'Etablissement d'assurance contre la vieillesse et l'invalidité.

La Caisse de pension des employés.

★

Mitteilung

betreffend die Anrechnung der Kriegsjahre als Versicherungszeiten

Durch das Gesetz vom 25. 2. 1967 können diejenigen Luxemburger, die während der Kriegsjahre 1940 - 1945 wegen Zwangsmaßnahmen der Besatzungsmacht in die Unmöglichkeit versetzt waren, einer luxemburgischen Pensionsversicherung anzugehören, die Anrechnung der in Frage kommenden Perioden als normale Versicherungszeit bei derjenigen Versicherungsanstalt beantragen, bei der sie in der Folgezeit zuerst versichert waren.

Die unter den vorerwähnten Umständen nach Kriegsende zur Alters- und Invalidenversicherung oder zur Privatbeamtenpensionskasse nachgewiesenen Personen, welche die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, um in den Genuß der in vorgenanntem Gesetz vorgesehenen Vergünstigungen zu gelangen, müssen ihre Rechte spätestens bis zum 28. 2. 1969 bei der in Frage kommenden Versicherungsanstalt geltend machen. Die zuständigen Versicherungsträger halten die diesbezüglichen Antragsformulare zur Verfügung der Interessenten.

Die anrechnungsfähigen Perioden sind durch eine Bescheinigung des Kriegsschädenamtes nachzuweisen, andernfalls durch die Gemeindebehörde des Wohnsitzes des Antragstellers zum Zeitpunkt der von der Besatzungsmacht ergriffenen Maßnahmen.

Ausländer und Staatenlose, die wegen ihrer loyalen Haltung dem Luxemburger Staat gegenüber von der Besatzungsmacht verfolgt wurden, sind den Luxemburgern gleichgestellt.

Das Gesetz vom 25. 2. 1967 gewährt außerdem den im Großherzoglichen Beschluß vom 30. 1. 1945 erwähnten Personen, welche zum Zeitpunkt der Zwangsmaßnahme des Okkupanten der Alters- und Invalidenversicherung oder der Privatbeamtenpensionskasse angehörten, eine letzte Frist bis zum 28. 2. 1969 zum Stellen eines Antrags auf Anrechnung der kriegsbedingten Fehlzeiten.

Das neue Gesetz ist ebenfalls auf solche Personen anwendbar, die wegen ihrer Rasse- oder Religionszugehörigkeit in die Unmöglichkeit versetzt waren, einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen.

Die Alters- und Invalidenversicherungsanstalt.

Die Pensionskasse für Privatangestellte.

★

Generalversammlung der Delegierten der „Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme“

Am Sonntag, den 11. Juni 1967, fand im großen Saal des «Buffet de la Gare» in Luxemburg, die gewöhnliche Generalversammlung der «Association des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme» statt.

Der an sich recht große Saal des «Buffet de la Gare» erwies sich bei Beginn der diesjährigen Generalversammlung beinahe als zu klein. Im vollgepfropften Saal fanden die zuletzt Ankommenden noch gerade einen knappen Platz auf hier und dort zuzüglich herbeischafften Stühlen. Und wir erinnern uns, daß bei keiner anderen, ähnlichen Gelegenheit die Teilnahme so stark gewesen wäre, wie dieses Mal. Nicht einmal, als der Kampf um die gerechte Lösung des Problems der Zwangsrekrutierten seinen Höhepunkt erreicht hatte, war die Beteiligung stärker gewesen. Dies beweist eindeutig, daß das Interesse an allem, was die Zwangsrekrutierten angeht, — ihre Sorgen und Probleme, — nicht am Erlahmen ist, sondern in noch gesteigertem Maße vorhanden ist.

Den Vorstandsmitgliedern der Assoziation, die sich uneigennützig und dauernd für die Belange der «Enrôlés» einsetzen, ist es ein Ansporn, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren. Auch darf das so bekundete Interesse der Delegierten, — es mögen an die 200 gewesen sein, — als Ausdruck des Dankes an ihren Zentralvorstand für geleistete Arbeit gewertet werden.

Kurz nach 9 Uhr ergriff der Präsident Jos. Weirich das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache, in welcher er ausführte, nachdem er eine Schweigeminute eingelegt hatte um der vielen Kameraden zu gedenken, die nicht mehr unter uns weilen, daß der diesjährigen Generalversammlung eine größere Bedeutung beizumessen wäre, als den vorherigen, da es sich um die erste nach dem Votum des Gesetzes vom 25. Februar 1967 handele. So wie das Programm sich abwickelte, nehme er Stellung zu den einzelnen Punkten.

Anschließend wickelte sich die Tagesordnung in mustergültigen Ordnung ab. Kamerad Fernand Hurst, legte in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Zwangsrekrutiertenvereinigung den Delegierten einen schriftlichen Bericht vor. Dieser Bericht war recht umfassend und voluminös und stellte in seiner Aufmachung ein 49-seitiges Heft dar. Jede Sektion erhielt ein Exemplar. Mit diesem Dokument als Unterlage, war es allen Delegierten ein Leichtes sich über die Tätigkeit des Zentralvorstandes zu informieren.

Kam. Fernand Hurst analysierte und kommentierte in kurzen aber treffenden Worten das vorliegende Schriftstück. Auf der ersten Seite lesen wir eine Namensliste solcher Zwangsrekrutierter, die uns im vergangenen Jahr auf immer verlassen haben. Ehre ihrem Andenken.

Dem Vorwort zum Tätigkeitsbericht entnehmen wir die Feststellung, daß die Ereignisse sich das ganze Jahr hindurch sozusagen überstürzten. Wir dürfen mit Stolz auf eine recht aktive Tätigkeit zurückblicken.

Es folgen dann Berichte über die Delegiertenversammlungen vom 10. Januar und 19. Juni 1966, in

welchen eine Statutenänderung vorgenommen und auch gutgeheißen wurde.

Anschließend finden wir eine dreiseitige Aufzählung von Versammlungen und Manifestationen an denen der Zentralvorstand teilnahm. F. Hurst bemerkte hierzu, daß ungefähr alle 2½ Tage im letzten Jahr, der Vorstand der Assoziation irgendwie und irgendwo im Lande engagiert war, was in etwa veranschaulicht, welche hohe Anforderungen an das einzelne Vorstandsmitglied gestellt werden. Und für die Zukunft wird sich hier wohl kaum etwas ändern! Den neuesten Feststellungen zur Folge, sind die Arbeiten noch ständig im Wachsen.

Mehrere Seiten sind der letztjährigen «Journée Commémorative» in Wiltz gewidmet. Dieser Tag war nicht nur Gedenktag, sondern es galt auch die Gelegenheit wahrzunehmen, um den Beweis zu erbringen, daß das Interesse aller Zwangsrekrutierten genau dasselbe war wie eh u. je und sie sich solidarisch erklären mit den von ihrem Zentralvorstand in die Wege gleiteten, dem Zeitpunkt und den Umständen entsprechenden Aktionen. Treffender als in Wiltz hätte dieser Beweis nicht erbracht werden können.

Weiter lesen wir eine kurzgefaßte Abhandlung über den langen, beschwerlichen und dornigen Weg der «Enrôlés» angefangen vom 10. Mai 1940 bis zum heutigen Tag. Wahrlich, es war «é lange Wé!» Und erst nach der Erfüllung aller unserer Forderungen wird dieser Weg ein Ende haben. Eher nicht!

Es folgen dann verschiedene, im letzten Jahr verfaßte Resolutionen, fünf an der Zahl.

Als Nächstes finden wir die Texte der beiden Flugzettel, welche an deutsche resp. luxemburgische Touristen verteilt wurden. Am 9. April 1966 hatte die «Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlés de Force» eine Flugblatt-Aktion unternommen, die nachträglich viel Staub aufgewirbelt hatte. Mit dieser Aktion erreichten wir, daß unser Problem vor die Öffentlichkeit getragen wurde. Presse und Radio im In- und Ausland beschäftigte sich intensiv mit ihm. Waren die Kommentare auch unterschiedlich, so konnten wir aber einen recht bedeutenden Erfolg für uns buchen. Auch wurde man sich mancherorts bewußt, daß ein sich endlos hinausziehendes Spiel mit den Zwangsrekrutierten bittere Folgen haben kann. Damals waren noch mancherlei Aktionen vorgesehen gewesen, von denen wir angesichts des unmittelbaren Erfolgs nachträglich absahen.

Über vier weitere Seiten erstreckt sich der Bericht über das «Monument National». Dieser Bericht stammt von der zu diesem Zweck eingesetzten Kommission. Wegen Raum- und Zeitmangel müssen wir in dieser Nummer verzichten auf dieses Thema einzugehen. In einer der nächsten Ausgabe werden wir uns damit eingehend befassen.

Dem schriftlichen Bericht des Generalsekretärs sind dann noch die Statuten der Assoziation, sowie ein Adressenverzeichnis der 63 Sektionen der «Enrôlés» und der integrale Text des Gesetzes vom 25. Februar 1967 beigefügt.

Kamerad Hurst schloß seine interessanten zusätzlichen Erläuterungen zum Jahresbericht mit den Worten: «Ich appelliere an euch alle, genau so fest zusammenzustehen wie bisher. Denn, wenn wir auch einen Teilerfolg in der Lösung unseres Problems zu verbuchen haben, so bleiben doch noch eine ganze Reihe von Punkten in unserem aufgestellten Programm, deren Klärung resp. Lösung unser oberstes Gebot für die Zukunft bleiben. Und sollte irgend ein Mitglied unserer großen Zwangsrekrutierten-Familie in Geldschwierigkeiten geraten, dann steht ihm ein Vorstandsmitglied mit Rat und Tat zur Seite!»

Aus dem Kassenbericht von Kamerad Mil Noel entnehmen wir, daß die Finanzen der Vereinigung gesund sind. Auch konnten wir die erfreuliche Feststellung machen, daß Freund Mil der treue Verwalter der Vereinsgelder ist. Ein Bravo für seine mustergültige Arbeit.

Zu Kassenrevisoren wurden ernannt: Camille Pauly, Marcel Thommes, Madame Maus Ginter und Marcel Wahl.

Als nächster Punkt stand auf der Tagesordnung das Festsetzen des Beitrages für 1968. Hierbei handelte es sich hauptsächlich darum das Abonnement für unseren «Bulletin mensuel» zu heben. Die Versammlung beschloß den Jahresabonnementspreis auf rund 50 Franken festzusetzen. Über diesen Punkt werden wir in unserer nächsten Nummer ausführlich berichten. Die Debatten, die dem vorerwähnten Beschluß vorangingen, waren so interessant, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Anschließend wurden noch zwei, im Laufe des letzten Jahres ausgeschiedene Mitglieder des Zentralvorstandes ersetzt. Es hatten ihr Mandat niedergelegt: Roger Braun, krankheitshalber, und Grégoire Heinen, der andersweitigen Verpflichtungen nachkommen muß.

Beide wurden ersetzt durch: Melle Ernestine Boos und Jean-Pierre Bertrand.

Präsident Jos. Weirich gab dann einen ausführlichen Bericht über die aktuelle Situation der Zwangsre-

krutierten, so wie sie sich nach dem am 9. Februar dieses Jahres in unserer Deputiertenkammer votierten Gesetz stellt. Auch darüber werden wir später noch in allen Einzelheiten unsere Leser aufklären.

Die diesjährige «Journée Commémorative» wird in Mamer stattfinden. Die dortige, rührige Sektion wurde mit der Organisation beauftragt. Und wer den Organisationsgeist unserer Mamerer Kameraden in etwa kennt, der wird mit uns übereinstimmen, daß der nächsten «Journée» ein voller Erfolg beschieden sein wird. Die Vertreter der Sektion Mamer luden denn auch gleich, durch ihren Präsidenten, Kamerad Marcel Knepper, alle Zwangsrekrutierten zum 3. September künftig recht herzlich nach Mamer ein. Dem Wunsch der dortigen Kameraden, einen ersten Appell an alle «Enrôlés» und deren Freunde zu publizieren, dürften wir hiermit Genüge geleistet haben.

Genauso aufschlußreich wie interessant waren Ausführungen von Architekt P. Gilbert, Mitglied der Kommission zur Errichtung eines «Monument National». Hierüber werden wir nächstens einen ausführlichen Bericht in den Spalten des «Sacrifiés» veröffentlichen.

Die Mittagsstunde war bereits überschritten, als Präsident Jos. Weirich die Tagung vom 11. Juni aufhob. Zuvor entbot er allen Anwesenden und ihren Familien die herzlichsten Grüße und besten Glückwünsche des «Comité de l'Association des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme» mit der Bitte sie an alle Kameraden der Sektionen weiterzugeben.

Bei Gelegenheit des offiziellen Rückbesuches von Herrn Willy Brandt, Bundesdeutscher Außenminister bei seinem luxemburgischen Homolog, Herrn Pierre Grégoire, am 12. Juni, wurde folgende Resolution verfaßt und am darauffolgenden Tag der deutschen Gesandtschaft in Luxemburg zwecks Weiterleitung an Herrn Brandt übergeben. Abschriften wurden an den luxemburgischen Außenminister, sowie an das Ministerium für Information und Presse und an die inländische Presse und Radio-Luxemburg übergeben.

Resolution

Die luxemburgischen Zwangsrekrutierten aus dem Weltkrieg 1939 - 1945, versammelt in Ihrer ordentlichen Generalversammlung am 11. Juni 1967 in Luxemburg,

stellen fest,

daß, 22 Jahre nach Kriegsende, noch immer Streitsachen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg bestehen, die durch die völkerrechtswidrige Zwangseinberufung von luxemburgischen Staatsangehörigen der Jahrgänge 1920 bis 1927 zur Deutschen Wehrmacht, zum Reichsarbeitsdienst und Kriegshilfsdienst, entstanden;

bedauern,

daß bis jetzt jede Lösung des Zwangsrekrutiertenproblems an der Haltung der Bundesregierung Deutschlands scheiterte;

erwarten,

daß der Außenminister der Bundesregierung Deutschland, Herr Willy Brandt, diese zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg anhängige Streitsache auf dem Verhandlungswege bereinigen wird;

hoffen,

daß die neuerlichen Verhandlungen einen positiveren Ausgang haben werden, als jene, die seinerzeit mit Herrn Bundeskanzler Erhard geführt wurden, und die mit dem platonischen «Nein» der Bundesregierung endigten;

verlangen,

daß der Vorstand der luxemburgischen Zwangsrekrutiertenvereinigung seine Bemühungen hinsichtlich einer gerechten Lösung der sie betreffenden Angelegenheit unvermindert weiterführt;

entbieten Herrn Außenminister Willy Brandt ihre vorzügliche Hochachtung.

Luxemburg, den 11. Juni 1967.

Durch Adresse der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg an Herrn Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, gelegentlich seines offiziellen Besuches in Luxemburg.

Abschrift an Herrn Pierre Grégoire, Außenminister Luxemburgs.

Im Zusammenhang mit der Krise im mittleren Orient, wurde folgende Resolution der Presse und Radio-Luxemburg übergeben:

Resolution

D'Enrôlés de force, Victimes du Nazisme, versammelt den 11. Juni an hirer Assemblée Générale

proteste'eren

daß de Nazigéscht nach nött aus der Welt geschäfen ass, soss kenten nött Wierder fälen wé «Mächt juddesch Kanner, Fräen a Männer do't.»

Kloen un

de' verantwortlech Politiker de' no dem Krich d'Nazischergen eso «à la douce» ungepackt hun an eso de Mierder vum israelitischen Vollek, an iwerhâpt vun alle Verfolgten durch Nazien d'Meglechkét gin hun haut an der arabischer Welt hirt makabert Spill weider ze dreiwien.

Verlängen

fun allen demokrateschen Politiker dofir ze suergen, daß eso' eppes sech nie mé widerhelt. Ob Israelis oder Araber, ob Weiss oder Farweg, all Mensch huett Recht ob Freihét an eng gerecht Verdélung vun de Reichtümer deser Welt.

Inch Allah, fir d'Affer am Orient an an Asien a fir d'ganz Welt.

Ehrung von Luxemburgern, welche den Zwangsrekrutierten im Kriege 1940-1945 halfen

Nach dem Votum des Gesetzes über verschiedene Maßnahmen zu Gunsten der Personen, welche Opfer illegaler Akte der Besatzungsmacht wurden, Gesetz vom 25. 2. 1967, konnte jeder feststellen, daß eine unserer Forderungen und zwar die NATIONALE ANERKENNUNG der VERDIENSTE, die Personen sich dadurch

Diese beiden Resolutionen wurden am 12. Juni an Radio-Luxemburg gesandt und der Post für die inländische Presse übergeben.

Der «Equipe» der Radio-Programme in Luxemburger Sprache sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus für die prompte Diffusion besagter Resolutionen. Auch haben wir uns sehr über die Aufmachung gefreut, in welcher sie über den Äther gingen.

Die «Zeitung vum Letzeburger Vollek» genügte ihrer Informationspflicht teilweise. (In ihren Spalten erschien nur die erste Resolution).

Das «Journal» nahm diese Pflicht ernst und brachte beide Resolutionen. Daß sie an zwei aufeinanderfolgende Tage erschienen, ist ohne Belang, und es geschah ohne das Zutun ihrer Redaktion.

Die restliche Tagespresse hatte bis zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen bereits gedruckt waren, eisernes Schweigen bewahrt. Sie, die beiden «Grossen» hierzulande, nehmen es mit dem Informationsrecht und der Informationspflicht halt nicht so genau. Wenn wir auch manches verstehen, so haben wir dennoch kein Verständnis für solches Vorgehen.

Angesichts der zahlenmäßig hohen Auflage des «Sacrifiés», zweier weiteren Tageszeitungen, sowie der sehr hohen Zuhörerzahl des UKW-Senders in luxemburgischer Sprache, werden doch recht viele die beiden Resolutionen gelesen, resp. gehört haben.

erwarben, daß sie unter Einsatz ihres und ihrer Angehörigen Leben, dem Verlust von Hab und Gut, den Zwangsrekrutierten halfen, keine uns zufriedenstellende Lösung gefunden hatte. Denn diese NATIONALE ANERKENNUNG wurde nicht in dem eben erwähnten Gesetz verankert.

Regierungsseitig wurde geltend gemacht – der Staatsrat vertrat denselben Standpunkt – die Schaffung einer solchen Auszeichnung sei eine Prerogative des Großherzogs und seit mehr als hundert Jahren sei weder ein Zivil- noch ein Militärorden durch Gesetz eingeführt worden.

Am Schluß langatmiger Rededuelle in der Abgeordnetenversammlung am 9. Februar dieses Jahres, erklärte Herr Staatsminister Werner: «Ich bin einverstanden, daß diese Aktion (Verleihung der -médaille de la résistance-) erweitert werden muß. Die Regierung ist bereit dem Großherzog Vorschläge zu machen, die Verdienste dieser Leute durch eine geeignete Auszeichnung anzuerkennen. Das wird am kommenden 23. Juni der Fall sein.»

In einer Entre-vue, die Vertreter der «Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlés de Force» mit Herrn Staatsminister P. Werner am 12. April letztthin hatten, erklärte letzterer sich bereit, eine, eigens für die oben definierten Zwecke, «Médaille de la Reconnaissance Nationale» zu schaffen. Zur Zeit werden diesbezügliche Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet.

Am 23. Juni dieses Jahres wird also noch die «médaille de la résistance» an verdienstvolle Luxemburger verliehen werden.*)

Auf unseren Aufruf hin, unterbreiteten verschiedene Sektionen dem Zentralvorstand eine Reihe Namen von Personen, deren verdienstvolles Verhalten den Zwangsrekrutierten gegenüber während des Krieges dokumentarisch einwandfrei belegt und nachgewiesen war. Wir leiteten diese Listen dem Herrn Staatsminister zu.

Aus dem Vorangegangenen geht eindeutig hervor, daß es sich bei der Ordensverleihung gelegentlich des diesjährigen Nationalen Feiertages in keiner Weise um willkürliche Vorschläge handelt. Niemand sollte sich benachteiligt, übergangen oder vergessen wähnen. Auch möchten wir von vornherein der etwaig aufkommenden Auffassung die Spitze nehmen, – Auffassung die darin bestehen könnte, daß Kameraden geltend machen wollten, diese oder jene Person hätte, sogar mit Recht, größere Verdienste als etwa die am 23. Juni Ausgezeichneten –, indem wir erklären, daß restlos alle Personen ausgezeichnet werden, welche ermittelt werden können. Es wird kein Unterschied gemacht werden und keine besonderen Kriterien einer Verleihungsfolge aufgestellt werden. Wer den Angehörigen der Jahrgänge von 1920 bis 1927 während dem Krieg half, wird unterschiedlos ausgezeichnet werden.

Um nun aber manchen unliebsamen wie ärgerlichen Kontroversen aus dem Wege zu gehen, ergeht hiermit der Appell an alle Sektionsvorstände, laufend dem

Föderationsvorstand die Namen solcher Personen mitzuteilen, von denen einwandfrei feststeht, wann, wo, in welcher Art und Weise und wievielen zwangsrekrutierten Mädchen und Jungen sie geholfen haben. Diesbezüglich sind gründliche Nachforschungen anzustellen, was selbstverständlich eine Ehrensache der 63 lokalen Vorstände ist. Es liegt auf der Hand und ist uns allen bewußt, daß es sich hier um eine bedeutsame wie gewaltige Aufgabe handelt, zu deren ehrenvollen Entledigung wir alle Kräfte mobilisieren müssen.

Auf diese Weise wird es möglich sein, auch den Letzten, in der entlegensten Ecke unseres «Ländchen» befindlichen ehemaligen uneigennütigen Helfer der «Jeunesse Martyre» ausfindig zu machen und ihm die wohlverdiente Ehrung auf nationaler Basis widerfahrenzulassen.

*) Als diese Zeilen sich bereits im Druck befanden, ging uns seitens des «Conseil de l'Ordre de la Résistance» die nachfolgende Namensliste zu:

I. – CROIX DE LA RESISTANCE à titre posthume :

a) Ressortissants luxembourgeois

- 1) BERSCHIED Léonard, cultivateur, Hupperdange
- 2) Mme BOURG-WAGNER Marie, Nagem
- 3) Mme CLOOS-PLÉGER Anne, Bissen
- 4) CONZEMIUS Théodore, cultiv., Kaesfurt/Hupperd.
- 5) Mme DIMMER-BOENTGES Claire, Hupperdange
- 6) ENGELS Charles, jardinier, Reckenthal
- 7) Mme ELSÉN-JENTGES Elise, Differdange
- 8) Mme FABER-DIEDERICH Maria, Steinfort
- 9) FRISCH Emile, entrepreneur d'autobus, Luxembg
- 10) JANS Jean, cultivateur, Hupperdange
- 11) KERSCHEN J.-P., employé d'usine, Obercorn
- 12) Mme KOCH-KREMER Marie, Urspelt
- 13) KREMER Nicolas, cultivateur, Urspelt
- 14) KREMER François, cultivateur, Urspelt
- 15) MAJERUS Emile, cultivateur, Bavigne/Clervaux
- 16) Mme MARTELING-RECKEN Marie, Hupperdange
- 17) MERES Marie, Drauffelt
- 18) PLETSCHETT Auguste, cultivateur, Brattert
- 19) Mme POUPART-GILLE Barbe, Niedercorn
- 20) SCHOUJEAN Jean, cultivateur, Ell
- 21) Dr. SCHUMAN Robert, médecin, Dudelange
- 22) SCHWEIGEN Jacques, cultivateur, Grindhausen
- 23) THIELEN Barbe, Hupperdange.

b) Ressortissant étranger :

FRERES Arille, ouvrier, Bého/Gouvy (Belgique)

II. – MEDAILLE DE LA RESISTANCE :

a) Ressortissants luxembourgeois :

- 1) BERSCHIED Henri, cultivateur, Hupperdange
- 2) COUNOTTE Anne, Stockem/Clervaux
- 3) DIDIER Henri, rentier, Hospice du Rham
- 4) Mme ERDEL-DELOSCH Berthe, créditrière, Deiffelt/Clervaux
- 5) HOUTMANN Joseph, cultivateur, Buschdorf
- 6) JASSENK-KRECKE Anne, Niederanven
- 7) KEUP Marie-Alphonse, institutrice religieuse, Larochette

- 8) Mme LEYDER-CAPESIUS Thérèse, Hesperange
- 9) QUAINO Joseph, rentier, Niedercorn
- 10) Mme REISCH-LOESCH Elise, Rodange
- 11) THIELEN Jean, cultivateur, Hupperdange
- 12) TURPEL Nicolas, cultivateur, Heiderscheid.

b) *Ressortissants étrangers:*

- 1) ARNDT Thorkild, jardinier, Hatting (Danemark)
- 2) Mme BOURCY-WALLON Marthe, Remagne/Preux (Belgique)



Nachruf

Die Fahne der Walferdinger Sektion weht auf Halbmast. Am Ostersonntag traf uns die unfaßbare Nachricht: unser Fähnrich und Komiteemitglied Godart Josy ist nicht mehr. So wie er in den letzten Jahren gelebt hat, still und bescheiden, so ist er im allerbesten Mannesalter von nur 47 Jahren von uns gegangen.

Freund Josy wurde am 10. August 1920 in Remerschen geboren. Nach Absolvierung der Primärschule trat Josy – als Junge der Mosel – in die Winzerlehre ein, um diesen Beruf später auszuüben. Aber es sollte alles anders kommen. Anfang des Jahres 1941 wurde er von dem Okkupanten nach Saarlautern zur Zwangsarbeit verpflichtet. Von dort wurde er im Oktober 1942 in die verhaßte deutsche Wehrmacht eingezogen. Im

Personalpolitik - auf höchster Ebene

Unlängst wurde in Brüssel ein – na, sagen wir, nicht gerade subalterner – Posten neu besetzt. Und zwar mit einem Luxemburger. – Da es sich – wie schon gesagt – nicht um einen der niederen oder mittleren handelte, also nicht um einen, für den ein bestandenes Examen Vorbedingung ist, so wurde der Bewerber nach den für solche Fälle üblichen Regeln ausgesucht: auf Grund seiner politischen Einstellung. Fast hätte ich geschrieben: politische Überzeugung. Was ein sich widersprechender Unsinn gewesen wäre! Nein, nein. Es ging schön ordentlich nach den für solche Fälle vorgesehenen Grundsätzen zu: Die Parteimitgliedskarte entschied! Das ist so Usus, und das muß wohl auch so sein. Wo könnte es denn auch außerhalb der Parteien – ins-

- 3) BRODIER Sylvain, fermier, Fléville-Lixières (France)
- 4) DETAILLE P., mineur, Niedercorn (National. belge)
- 5) LEONARD Jean, mineur, Fléville-Lixières (France)
- 6) Mme SABATINI-HAQUIN Mariette, Moustier/Namur (Belgique)

Cette *PROMOTION SPECIALE* comprend exclusivement des personnes ayant prêté assistance à des ENROLES DE FORCE.



Rußland Feldzug zog er sich eine Erkältung der Fingerspitzen zu, die ihn für einige Zeit aus dem Kampfgebiet befreite. Nach seinem Wiedereinsatz kam es noch viel schlimmer, er wurde durch einen Halsdurchschuß schwer verwundet. Nach der Ausheilung in einem Lazarett wurde er an der Westfront eingesetzt. Dort gelang es ihm im Juli 1944 zu den Engländern überzulaufen. Als Luxemburger Zwangsrekrutierter war es ihm eine Selbstverständlichkeit sich als Freiwilliger in die englische Armee zu melden. So war es ihm gegönnt im September 1945 die geliebte Heimat wiederzusehen.

Als kranker Mann kam Josy nach Luxemburg zurück. Durch die ihm von den Nazis auferlegten Strapazen hatte er sich ein Herzleiden zugezogen, von dem er sich nicht mehr richtig erholen sollte. Sein Leiden verschlimmerte sich zusehends, und am 25. März dieses Jahres erlöste ihn Gott von seinen Schmerzen.

Alle, die den Godart Josy gekannt haben, werden ihn stets in guter Erinnerung behalten. Für die Mitglieder der Walferdinger Sektion, sowie für die Zwangsrekrutierten war Josy ein guter Freund und ein stets hilfsbereiter Kamerad. Keine Stunde war ihm zu früh und keine zu spät, wenn es hieß die Fahne zu schwenken im Sinne unserer guten Sache und unserer Forderungen.

Lieber Josy!, diese paar Worte die die Walferdinger Sektion dir mit auf deinen letzten Weg gibt, sollen dir als Dank gelten für die unermüdete Arbeit die du als Mitglied unserer Sektion geleistet hast.

Deiner Frau und deinen vier unmündigen Kindern sprechen wir unsere tiefste Anteilnahme aus.

Lieber Josy, ruhe in Frieden, wir vergessen dich nicht und werden stets deiner gedenken.

besondere außerhalb der Majoritätsparteien, die gerade am Zug sind – überhaupt jemanden geben, der für ein hohes Amt befähigt wäre! Das ist undenkbar, das gibt es einfach nicht! Und das sieht jeder denkende Mensch ein. Jeder *parteilich* denkende Mensch. (Moment! Ist das nicht schon wieder eine Widerspruch in sich selbst? – Na, lassen wir's durchgehen. Es kann ja schließlich mal vorkommen.)

Es ging also, wie gesagt, völlig normal zu, und niemand fand etwas dabei, daß wir uns für unsere Abgeordnetenkammer einen neuen Präsidenten beschaffen müssen. Denn Herr Bodson wird in Brüssel gebraucht. Folglich

Allerdings kam in gewissen, nennen wir sie überwißbegierigen Kreisen ein ziemliches Erstaunen über diese Nominierung zum Ausdruck. Natürlich nur diskret und hinter den Kulissen, aber immerhin, es kam. Nicht, weil ein Politiker ernannt wurde. I wo! Das war ja von vornherein klar gewesen. Auch nicht, daß es ein sozialer – Verzeihung! Schreibfehler! – ein sozialistischer Politiker war. Nein, nein, auch das war's nicht. Nein! Aber . . . der Name, das war's! Da hatte man in besagten gewissen Kreisen einen völlig anders klingenden erwartet. Ja, nicht Bodson sollte er lauten, sondern Wehenkel, Tony Wehenkel. Das hatte – in den erwähnten Kreisen – bereits als sicher gegolten. Und nun ?!

Naja, das muß natürlich gesagt und in Betracht gezogen werden: Herr Tony Wehenkel lag gerade im schicksalschweren Augenblick als Opfer eines Verkehrsunfalles ziemlich bewegungsunfähig im Krankenhaus. Also half ihm Herr Bodson aus. Denn er ist ja sein Freund. Sein *Parteifreund*. (Man merke den tiefgründigen Unterschied.) Der Freund bootete also den Freund nein! Nicht doch! Der Freund bot sich als Aushilfe für den Freund an. Und die edle Geste wurde auch von einer genügenden Anzahl anderer *Parteifreunde* gebührend hervorgehoben und honoriert: Nach Brüssel ging Herr Bodson.

Böse Zungen behaupten, nun sei Herr Wehenkel mit seinem *Parteifreund* verkracht. Er hege sogar den Verdacht, der Verkehrsunfall sei Sabotage gewesen. Aber das ist alles nur ein Gerücht. Und noch dazu – wie gesagt – eins von bösen Zungen. Da ist kaum etwas Wahres dran. Kann es ja garnicht. Denn die beiden sind ja Freunde, *Parteifreunde*. Sogar von der gleichen Partei! Also !

Und außerdem gibt es ja auch in politischen Kreisen Ehrenworte, die man geben kann. Gewiß, man kann dieselben auch brechen, aber das kommt unter solch hohen Herren natürlich *nie* in Frage. Ruhe! Da gibt es gahnts zu husteln!

Jaaa, wenn Herr Bodson in einer anderen Partei wäre, etwa in der CSV, dann !

Doch halt! Warum wurde eigentlich ein Sozialist und kein CSV-ler nach Brüssel gesandt? Wußten die von »Rechts« vielleicht nicht so recht über den Posten

Bescheid? Wohl kaum, denn sie haben doch sonst ihr Ohr ziemlich überall, wo es sich lohnt. – Interessierte sie etwa der Posten nicht? Sie sind doch aber sonst immer recht interessierte Leute. – Oder sollten sie womöglich – wieder eine Theorie aus den gewissen Kreisen – bei diesen Posten nicht an der Reihe gewesen sein? – Will man diese Frage beantworten, so gebietet die Logik, daß man zuvor klarstellt, mit wem denn hier eine Reihe gebildet werden soll. Hierauf haben die »gewissen Kreise« eine Antwort parat: Mit dem Koalitionspartner. Also nach dem Motto: »Ein Böhnchen für mich, ein Böhnchen für dich!« – Und dann muß sich die Kette notgedrungen fortsetzen: Nachdem das »Böhnchen« Bodson an die Sozialisten ging, kommen die CSV-ler wieder dran für den nächsten gleichwertigen Posten. Was anscheinend beim Gerichtshof der Hohen Behörde der Fall sein soll. Wenigstens flüstern das die »Kreise«. Und dieselben nennen auch schon einen Namen, der, mit dem Titel »Arbeitsmann« gekoppelt, in der Geschichte der Zwangsrekrutierten bereits eine bestimmte Rolle gespielt hat.

Wie gesagt, das ist Geflüster aus »gewissen Kreisen«, und es muß abgewartet werden, ob es sich bestätigt.

Nun, warten wir ab.

Aber wir können doch nicht umhin, unser Erstaunen über ein derartiges Beförderungssystem auszudrücken. Denn wenn wir auch als Wähler einen Auftrag an eine Reihe von Politikern erteilt haben, so muß es uns doch eigenartig anmuten, wenn nur ein Parteibuch für die Besetzung eines Postens bestimmend ist. Gewiß, die Partei stellt eine Konzentrierung von Macht dar, aber das tun andere Verbände und Organisationen ebenfalls. Nennen wir etwa die Sportföderationen; oder die LPPD; oder – warum nicht? – die Föderation der Zwangsrekrutierten. Warum sollen diese nicht das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen, wie es die Parteien tun? Warum sollte nicht auch *ihr* Mitgliedsbuch die Grundlage für eine Kandidatur bei hohen Posten sein? Das wäre gewiß nicht gescheiter, aber gewiß auch nicht dümmer als das derzeitige Übliche.

Vielleicht überlegen unsere zuständigen Herrschaften sich das alles einmal und ziehen dann die richtigen Konsequenzen daraus. Wir werden es jedenfalls weiter beobachten. d.f.

Moteurs Hors-Bord de 3 à 100 CV

BEVINRUDE

Z-Drive de 90 à 200 CV

Agent général **JOSY JUCKEM**

LUXEMBOURG, 60-62, rue de Strasbourg

Tél.: 255-67 - 401-15

Imprimerie

Kremer - Muller & Cie

Imprimés de qualité

Esch-sur-Alzette

56, rue des jardins

Téléphone 521-85

Fabrique d'articles en aluminium

Aluminium

LUX

DUDELANGE

Tél.: 51 17 17

J. WEIRICH s.e.n.c.

Gelesen und kommentiert

Unter «Brief aus Trier und Rheinland-Pfalz»

lasen wir im «tageblatt» vom 6. Juni folgendes:

Die Nazis erhalten eine Viertelmillion DM

Unerhört ist, was die rheinland-pfälzischen Parteien beschlossen haben. Gemeinsam brachten die Fraktionen der Christlich-Demokratischen Partei (CDU), der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und der freien Demokratischen Partei (FDP) einen Gesetzentwurf im Landtag ein, wonach ihnen pro Wähler 1,50 DM Wahlkostenbeitrag erstattet werden soll. Auf die CDU würden 1 693 000 DM, auf die SPD 1 335 000 DM, die FDP 301 000 DM und – man höre und staune – auf die neue Nazipartei NPD 215 000 DM entfallen. Die Parteien die keinen Abgeordneten durchbrachten, sollen nichts erhalten.

Ist diese großzügige Förderung der Parteien an sich schon nicht verständlich, weil der Landes-Etat trotz rigoroser Sparmaßnahmen auf den Gebieten der Kultur und Wirtschaftsförderung immer noch ein sehr hohes Defizit aufweist, so ist es geradezu empörend, daß die Nazis nun noch mit einer Viertelmillion DM gefördert werden. Das schlägt dem Faß der Großzügigkeit und Toleranz den Boden aus. Man bezahlt die Leute, die sich als Obersturmbannführer der SS (z.B. Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der NSDAP, Fritz May) an hervorragender Stelle an den heute noch unfabaren grauenhaften Verbrechen der NSDAP beteiligt haben.

Es sieht danach aus, als würden die heutigen Machthaber in der Bundesrepublik den Nazis noch einmal den Strick liefern, mit denen sie dann aufgehängt werden. Mit dem Geld wird man wieder, wie bisher, nazistische Gedankengänge propagieren und den heutigen Staat nach dem Muster der NSDAP-Vorgänger in Grund und Boden lächerlich machen und bekämpfen.

Wenn man etwa glauben sollte, die Braunen mit Geldgeschenken zu besänftigen, so wird man sich schwer irren. Diese Leute verstehen nur eine einzige Sprache: die der Gewalt. Sie sind nämlich genau so feige wie frech. Aber mit Geld . . . das wird mit hundertprozentiger Sicherheit einer der größten Hereinfälle, an denen die Demokratie in Deutschland allerdings nicht gerade arm ist. Er erinnert stark an die Hilfslosigkeit mit der man bis zum 30. Januar 1933 dem Nazismus gegenüberstand.

Vorstehendes könnte ebenso gut mit: «Die Totengräber der jungen Deutschen Demokratie», oder etwa: «Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selbst» überschrieben sein.

In der Tat, was die sich demokratisch gebenden Parteien im rheinland-pfälzischen Landtag in Bezug auf eine großzügige Förderung ihrer Parteien leisteten, dadurch, daß alle im Landtag vertretenen Parteien prozentual zu den erhaltenen Sitzen ihre Wahlkosten aus Steuergeldern bestreiten, ist ein frappanter Beweis dafür, daß die Deutschen in puncto demokratischem Denken und Handeln während den verflossenen 20 Jahren nach ihrer «Befreiung» vom Nazismus, recht wenig gelernt haben. Dadurch, daß sie so vorgehen wie aus dem Vorstehenden ersichtlich ist, haben sie ihre Parteien sogar wie verstaatlicht. Die Parteien – einstweilig im Plural, aber wie lange noch? – haben sich's recht bequem gemacht. Langsam aber sicher steu-

ert man auf das «Ein-Partei-System», die Staatspartei zu. Viele Deutschen hatten sich soooo daran gewöhnt.

In Regierungs- und Parteikreisen beruft man sich auf das deutsche Grundgesetz, dem zufolge die «Parteien volksbildend wirken», um die Schaffung eines Gesetzes zu rechtfertigen, und so auf «legaler» Basis den in den Parlamenten vertretenen Parteien Zuwendungen aus Steuergeldern zukommenzulassen zur Deckung ihrer Wahlkosten. Es ist unsere feste Überzeugung, daß die NPD keinesfalls eine «volksbildende Aktivität» ausübt. Gerade das Gegenteil ist der Fall.

In der Sucht, ihre Parteifinanzien zu sanieren, stört es die «sogenannten» deutschen Demokraten recht wenig, daß, auf die oben definierte Art und Weise vorzugehen, auch der neo-nazistischen Partei «NPD» unweigerlich in die Steigbügel verholfen wird. Sie wird in jenen Kreisen als ein kleines Übel empfunden und angesehen, an das man sich in grober Fahrlässigkeit gewöhnt. Nicht nur daß die demokratischen Kräfte ihre Henker dulden, nein, sie fördern sie geradezu, indem sie ihnen das Material zum Strick liefern an dem sie einst baumeln werden.

Wir als Beobachter solcher Entwicklungen in der Bundesrepublik sind aufs tiefste beunruhigt. Und wir entsinnen uns nur allzu deutlich der Vorgänge während der Jahre vor 1933. In jener Zeit fertigten Deutsche in ähnlicher fahrlässiger Weise das Aufkommen des größten Übels aller Zeiten – den Nazismus – ab.

Es wäre angezeigter und dem deutschen Ansehen in der Welt weit zuträglicher, wenn man mit den an die Parteien verschleuderten Geldern und insbesondere mit jenen, die dem neuerlichen Nazismus in den Sattel verhelfen, die Kriegsschulden Deutschlands begleichen würde.

Auf diese Idee kommt man drüben nicht. Natürlich nicht!

★

Recht bezeichnend für die merkwürdigen Zustände und den vorherrschenden Geist in der Bundesrepublik Deutschland, und diesmal in Rheinland-Pfalz im besonderen, ist die seltsame Tatsache, daß in dessen Landtag der Justizminister wieder Fritz Schneider heißt. Was besseres als diesen Nazi-Protector gibts wohl nicht in diesem Lande.

Hierüber lasen wir ebenfalls im «tageblatt» vom 6. Juni unter «Brief aus Trier und Rheinland-Pfalz» folgendes:

Schneider wieder Justizminister

Staatsanwalt Fritz Schneider, Justizminister im vorigen Kabinett Altmeier, wurde wieder Justizminister. Eine Zeitlang wackelte sein Thron sehr stark, aber seltsamerweise kam er wieder ins Gleichgewicht. Man fand anscheinend keinen Besseren.

Schneider hat in der Affäre Drach-Wieneke sich so verhalten, wie es der «Zug der Zeit» ist (dieses Wort hörten wir soeben in einem Ferngespräch vom Chefredakteur einer 170 000 Abonnenten zählenden Zeitung), er stellte die beiden Leute wieder ein. Inzwischen wurde Drach zwar pensioniert, aber pensionssteigernd sind ihm auch die in Luxemburg verbrachten Jahre angerechnet worden, Pension für Blutschuld! Dann schockierte uns Hr. Schneider damit, daß er der deutschen Richterschaft schwarz auf weiß bescheinigte, sie habe sich auch in der Vergangenheit richtig benommen.

Aber wer hätte schon gegen diese Geschichtsverfälschung protestiert? Die 6,5 Millionen vom Nazismus Ermordeten, unter denen sich auch die Opfer der willfähigen Blutjustiz befanden, sind vergessen . . . »

Qu

Zum «ZUG DER ZEIT» gehört eben auch die Erinnerung des Nazi-Protectors Fritz Schneider, wie so manches mehr, das auf der gleichen Linie liegt. Solche und ähnliche Fälle gibt es übergenug in der Bundesrepublik. Von Thadden und seine vielen ehemaligen und heutigen Nazis haben nichts zu befürchten. Sie dürfen ruhig schalten und walten. Früh oder spät findet sich alles wiedervereinigt in einer neuen, grösseren und stärkeren NSDAP. Und ein neues Unheil bricht wieder über Deutschland und die ganze Welt herein.

Deutschland, mir graut vor dir!

sn

Au «Républicain Lorrain» du 15 juin dernier, nous lisons:

Les enrôlés de force luxembourgeois

M. Pierre Grégoire, ministre luxembourgeois des Affaires étrangères, a eu des contacts avec son homologue allemand M. Willy Brandt, et lors de leurs consultations ils ont évoqué le problème des enrôlés de force luxembourgeois. M. Brandt aurait promis d'en référer à son gouvernement pour que la proposition luxembourgeoise soit exécutée, du moins pour que l'étude d'une formule soit poursuivie et qui donnerait satisfaction aux revendications des enrôlés de force luxembourgeois. Il semblerait qu'il ne faille point se faire d'illusions à ce sujet dans un avenir immédiat, mais une formule pourrait bien être trouvée un jour . . .

Un jour . . . ? Serait-ce peut-être lorsqu'il n'y aura plus qu'une poignée d'enrôlés de force ?

„Rufe der Verwunderung

auf allen Seiten»

gab es gelegentlich der Kammersitzung vom Mittwoch, den 14. Juni 1967. Anlaß dazu war die Antwort, die Herr Innenminister H. Cravatte auf eine Frage des Herrn Elvinger (Dem.) gab, in Bezug auf die Abhöraffaire in der Zivilschutzverwaltung.

Dem «Luxemburger Wort» vom 15. 6. zufolge erklärte Herr Cravatte rundheraus: «Der Direktor des Zivilschutzes habe die Installation (Abhöranlage) bestellt, weil auch in anderen staatlichen Betrieben und in vielen Privatunternehmen ähnliche Kontrollsysteme beständen.»

Das sind nette Zustände im freien und demokratischen Staate Luxemburg!

Aber bitte schön, Herr Innenminister, wenn Sie schon so offen sind, dann machen Sie doch all diese staatlichen Betriebe publik, in denen solche Abhöranlagen funktionieren. Den Mund haben Sie ja gespitzt, bitte pfeifen Sie auch! Wir hören.

Dem «tageblatt» vom Donnerstag, den 15. Juni 1967 entnehmen wir, daß wir

„Vor neuen Möglichkeiten in der Zwangsrekrutiertenfrage“ stehen

«Bundeskabinett mit dem Problem befaßt

Im Verlauf eines Gesprächs, das gestern am Rande der NATO-Tagung stattfand, bestätigte der deutsche Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt seinem luxemburgischen Minister- und Parteikollegen Henry Cravatte, daß das Bundeskabinett sich am Vortage mit dem Fragekomplex des luxemburgischen Zwangsrekrutiertenproblem befaßt habe. Der gefaßte Beschluß sei nicht negativ ausgefallen, und die Bundesrepublik würde die Möglichkeit untersuchen, diese Angelegenheit mit der Luxemburger Regierung zu bereinigen.

In einem persönlichen Schreiben an Henry Cravatte bestätigte späterhin Bundesaußenminister Willy Brandt diese Absicht der Bundesregierung.

Es scheinen sich also jetzt neue Wege anzubahnen, und dieses Resultat ist als positiv zu bewerten.

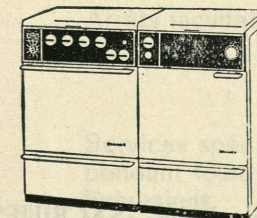
Noch ist es nicht so weit, daß die Forderungen der Zwangsrekrutierten verwirklicht werden, auch ist kaum damit zu rechnen, daß alle Forderungen restlos befriedigt werden, aber immerhin, was viele bereits für unmöglich hielten, konnte trotzdem durchgesetzt werden: die Bundesregierung zeigte ihre Bereitschaft, den Fragekomplex erneut zu erörtern.»

★

Dazu bemerkt das Journal vom Freitag, den 16. Juni 1967 folgendes:

Ungleiche Gesprächspartner

Die Kollegen aus dem «Tageblatt» müssen uns erlauben, dazu folgendes zu bemerken: Wenn ein Beschluß nicht negativ ausgefallen ist, so besagt das noch keineswegs, daß er schlicht positiv laute. Und von Formulierungen à la «die Bundesrepublik würde die Möglichkeit untersuchen, die Angelegenheit mit der Luxemburger Regierung zu bereinigen» haben wir bereits Tausende in dieser Frage zu hören und zu lesen bekommen, ohne daß auch nur das geringste erfolgte.



Fers et Métaux

Quincaillerie

BUCHHOLTZ
et ETTINGER

Esch - sur - Alzette
Tél. 54.17.85